

Wird Hamburg das neue Mekka des Rauschgiftschmuggels?

Um sich der Beantwortung dieser Frage zu nähern, hatte Dr. Herlind Gundelach, Präses des Zentralausschusses der Hamburgischen Bürgervereine sowie ehemalige Senatorin im Hamburger Senat unter Führung von Ole von Beust und später Christoph Ahlhaus, unseren Landesvorsitzenden Thomas Jungfer, den innenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Christos Katzidis, aus Nordrhein-Westfalen und Gunther Bonz, Chef von FEPORT (Federation of European Private Port Operators) und bis vor Kurzem auch Chef des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg, zur Diskussion eingeladen. Als drittgrößter europäischer Seehafen ist der Hamburger Hafen ein Warenumserschlagplatz von immenser globaler Bedeutung. Es ist daher notwendig, den Sicherheitsaspekt zu priorisieren. Zuletzt hatte im Juni des vergangenen Jahres eine Einbruchserie im Hafen für öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt. Damals brachen mutmaßlich niederländische Kriminelle mehr als ein Dutzend Mal in das Containerterminal Altenwerder ein, um – so wird vermutet – eine verloren gegangene größere Drogenlieferung wiederzufinden. Thomas Jungfer referierte zur neu gegründeten „Allianz Sicherer Hafen“ und der damit verbundenen Einrichtung des Hafensicherheitszentrums. Ziel ist es, den Hamburger Hafen wirksamer gegen die Organisierte Kriminalität zu schützen und dem internationalen Rauschgifthandel effizienter und schlagkräftiger entgegenzutreten. Mehr als 30 Tonnen Kokain wurden im letzten Jahr im Hamburger Hafen sichergestellt, berichtete Thomas Jungfer, Tendenz steigend. Durch die Arbeit des auf dem vergangenen Hafensicherheitsgipfel beschlossenen Hafensicherheitszentrums und weitere Maßnahmen wie Drohnen- und Kameraüberwachung soll die Schmugglerszene einem erhöhten Verfolgungsdruck ausgesetzt werden. Die Kooperation aus Polizei, Zoll, Hamburg Port Authority (HPA) sowie anlassbezogenen Staatsanwaltschaft und BKA bündelt Fachexpertise und schafft kurze Verbindungswege sowie eine bessere Vernetzung. Darüber hinaus müssen die Strafverfolgungsbehörden den Fokus verstärkt auf sogenannte Hafeninnen-täter richten, die Drogenschmuggler mit Informationen versorgen

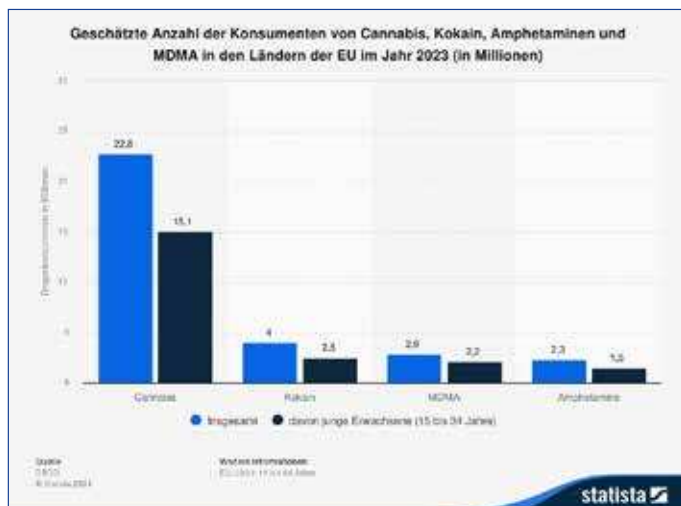


© Frank Riebow (2)



oder beim Abtransport der Drogen logistisch helfen. In Rotterdam und Antwerpen haben Bandenkriege und Verteilungskämpfe die Sicherheitsbehörden dazu bewogen, viel Geld in die Hand zu nehmen, um unter anderem die Terminals technisch aufzurüsten. „Ja, Hamburg ist ein europäischer Drogenumschlagsplatz, lassen wir die Stadt nicht zu einem ‚Drogen-Mekka‘ werden“, so Landesvorsitzender Thomas Jungfer abschließend.

© Destatis



Konsum ausgewählter Drogen in der EU 2023

Schätzungsweise vier Millionen Konsumenten von Kokain gab es 2023 in den EU-Ländern nach Angaben der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht. Rund 2,5 Millionen der Kokainkonsumenten waren junge Erwachsene im Alter von 15 bis 34 Jahren. Am stärksten verbreitet ist europaweit nach wie vor der Konsum von Haschisch und Marihuana: Rund 22,8 Millionen Menschen konsumierten im genannten Zeitraum die aus der Cannabispflanze gewonnene Droge. Die Zahl der Drogentoten in Deutschland ist deutlich gestiegen. Aufgrund des Konsums illegaler Substanzen starben im vorvergangenen Jahr 2.227 Menschen und damit 237 mehr als 2022, wie der Bundesdrogenbeauftragte Burkhard Blienert mitteilte. Dies sei die höchste bisher je registrierte Zahl. Darunter waren 1.844 Männer und 383 Frauen.



Bilanz – Landesausschuss tagte

DPoIG: Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit für unsere Mitglieder

Mitte Februar tagte der Landesausschuss der **DPoIG Hamburg** und bilanzierte das Jahr 2024 aus gewerkschaftspolitischer Sicht. Der Landesausschuss setzt sich aus allen Fachbereichen und Sonderorganisationen der **Deutschen Polizeigewerkschaft** sowie den Ehrenvorsitzenden und Ehrenmitgliedern zusammen, repräsentiert somit alle Mitglieder der **DPoIG Hamburg** und ist das zweithöchste Beschlussgremium unserer Gewerkschaft nach dem alle fünf Jahre stattfindenden Landeskongress. Landesvorsitzender Thomas Jungfer eröffnete und leitete die Sitzung des Landesausschusses. Er begrüßte zunächst unter anderem ganz herzlich unseren Ehrenvorsitzenden Joachim Lenders sowie die Ehrenmitglieder Freddi Lohse und Klaus Vöge. Im Mittelpunkt des diesjährigen Landesausschusses stand die aktuelle Situation der Hamburger Polizei sowie die gewerkschaftlichen Aktivitäten und Herausforderungen in brisanten politischen und wirtschaftlichen Zeiten. Inwieweit der Ausgang der vorgezogenen Bundestagswahl und das Wahlergebnis der Bürgerschaftswahl in Hamburg Auswirkungen auf die innere Sicherheit und die Polizei haben werden, lässt sich noch nicht seriös beantworten. Auch im vergangenen Jahr hat sich die **DPoIG** mit unserem Landesvorsitzenden Thomas Jungfer um die „großen“ und „kleinen“ Probleme und Fragestellungen gekümmert, dabei Forderungen und Lösungen vorangetrieben. Auf der „To-do-Liste“ steht nach wie vor die Forderung nach einer flächendeckenden Taser-Einführung, die Lösung des Bewohnerparkens im Umfeld von Polizeidienststellen, die Einsatzlage hinsichtlich der Teil-Legalisierung von Cannabis bleibt im Fokus, ebenso die anhaltende Gewalt gegenüber Polizeibeschäftigten. Die Anhebung der Polizeizulage zum 1. August dieses Jahres auf 170 Euro und später auf 180 Euro ist ein gewerkschaftlicher Erfolg. Die intensive Einsatzbegleitung zur Fußball-EM und zur Welthafenkonferenz, erstmalig mit einem gecharterten Boot auch auf dem Wasser, bleibt in Erinnerung.

Steigerung der Berufsattraktivität für alle Polizeibeschäftigten

Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der **DPoIG**, dafür zu kämpfen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen die Anerkennung erhalten, die sie verdienen. Wertschätzung bemisst sich auch in Euro, dieser gewerkschaftliche Leitsatz ist aus unserer Sicht aktueller denn je. Die Höhe von Dienstbezügen, Gehalt, Lohn und Zulagen für die jeweiligen Tätigkeiten sowie die konkreten Rahmenbedingungen an den Dienststellen der Polizei, einschließlich der Arbeitsbedingungen vor Ort, sind immer wieder Themen auf der gewerkschaftlichen Agenda. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um Probleme und Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzuges, der verbeamteten Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung oder um berechnete Anliegen unserer tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen geht. Das war und ist unsere gewerkschaftspolitische Maxime. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, die Inflation, Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie so-





wie die Höhe der Mieten schlagen selbstverständlich auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen voll durch. Deshalb: Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde!

110 und niemand kommt?

Immer wieder werden nicht alle Stellen in den Laufbahnabschnitten I und II zu den jeweiligen Einstellungsterminen besetzt. Viel zu viele Polizeianwärter brechen ihre Ausbildung ab, müssen die Akademie der Polizei aus Leistungsgründen oder aufgrund von charakterlichen Defiziten verlassen. Es fehlen immer noch Kolleginnen und Kollegen in allen Laufbahnzweigen der Polizei, wo bleibt die Lösung? Die Einstellungsoffensive muss deshalb als Daueraufgabe uneingeschränkt fortgeführt werden, damit alle Stellen in der Schutz-, Wasserschutz- und Kriminalpolizei besetzt werden können. Auch in der Verwaltung gibt es erhebliche Probleme, Stellen neu zu besetzen, insbesondere aber im Bereich der Angestellten im Polizeidienst (AiP). Hier wird die **DPoIG** immer wieder den Finger in die Wunde legen. Dafür braucht es einen langen kämpferischen Atem, denn Erfolge kommen nicht von selbst. Auch die Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei Schutz- und Wasserschutzpolizei bleibt ein ständiges Thema der **DPoIG Hamburg**. Die **DPoIG** hat selbstverständlich auch im vergangenen Jahr den Meinungsaustausch mit der Hamburger Politik sowie mit der Behörden- und Amtsleitung fortgesetzt. Im Fokus der intensiven und regelmäßigen Gespräche standen dabei die Personalsituation, die Einsatzbelastung, die fehlenden Ressourcen und Strukturen im Amt Polizei und in der Akademie der Polizei, die mangelhafte Berufsattraktivität, die dringend notwendige Einführung der zweigeteilten Laufbahn, die Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge und der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sowie die verstetigte Einstellung von AiP verbunden mit einer Erweiterung des Aufgabenfeldes. Deshalb muss die Einstellungsoffensive aus Sicht der **DPoIG** auch immer eine Attraktivitätsoffensive sein, um wirklich ausreichend genug geeignete Bewerber für den Polizeiberuf nicht nur zu interessieren, sondern zu begeistern! Auch unsere wenigen Verwaltungsbeamten verdienen ein „Förderprogramm“, damit endlich die



Fluktuation zu anderen Ämtern und Behörden gestoppt wird und sie die Anerkennung erfahren, die sie verdienen. Dasselbe gilt für unsere tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen, auch für sie muss es Perspektiven und Aufgabenerweiterungen geben, um sich beruflich weiterzuentwickeln.

Amtsangemessene Alimentation

In Sachen amtsangemessener Alimentation kämpft die **DPoIG** unermüdlich zusammen mit dem dbb Hamburg gegen die Stadt Hamburg. Zu diesem Thema stellte sich Rechtsanwalt Dr. Dieter Struck den Fragen aus dem Plenum. Dr. Struck vertritt einige Musterkläger der **DPoIG Hamburg** und begleitet das Verfahren seit dem Jahr 2011.



Rechtsanwalt Dr. Dieter Struck informierte zur amtsangemessenen Alimentation.

Die DPoIG Hamburg steht auf gesunden Füßen

Die Rechnungsprüfer bescheinigten dem Landesvorstand, mit den Mitgliedsbeiträgen sorgsam umzugehen. Der im Anschluss vorgestellte Haushaltsentwurf 2025 wurde einstimmig beschlossen. Der Landesausschuss war sich einig, dass wir in unseren gewerkschaftlichen Kämpfen nicht nachlassen werden, die Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen zu verbessern und dabei Politik und Polizeiführung beständig in die Pflicht nehmen, ihre Hausaufgaben zu erledigen. Die übersichtliche Personaldecke und die Einsatzbelastung sind keine in Stein gemeißelten Gegebenheiten, sondern beeinflussbare Faktoren. Die Polizei wird ihren Personalbedarf nur decken, wenn sie ihre Attraktivität als Arbeitgeber deutlich verbessert. Die Behörden- und Amtsleitung wird in der **DPoIG Hamburg** immer einen streitbaren, aber konstruktiven Gesprächs- und Verhandlungspartner finden.

Der Landesvorstand



„Das Runde ist im Eckigen“

Verfassungsbeschwerde der Deutschen Fußball Liga (DFL) zurückgewiesen

Die **Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)** fordert, dass sich die Hamburger Profiklubs FC St. Pauli und HSV endlich an den Polizeikosten für Hochrisikospiele beteiligen müssen! Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) hat die Rechtmäßigkeit der Kostenbeteiligung von Fußballvereinen bei Polizeieinsätzen sogenannter Hochrisikospiele bestätigt. Bereits im März 2019 hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden, dass die Bundesländer die zusätzlichen Polizeikosten bei Hochsicherheitspielen grundsätzlich der Deutschen Fußball Liga (DFL) in Rechnung stellen dürfen. Das Land Bremen hat seitdem bereits Gebührenbescheide an die DFL verschickt. Die wurden von dort an Werder Bremen weitergeleitet und bis zur rechtlichen Klärung nicht beglichen. Die Rechtmäßigkeit dieser Gebührenbescheide ist jetzt abschließend geklärt. Dazu Thomas Jungfer, Landesvorsitzender der **DPoIG Hamburg**: „Ich freue mich über das Urteil. Um es in der Fußballersprache auszudrücken, die DFL hat dem Bundesverfassungsgericht den Ball auf den Elfmeterpunkt gelegt und

das Gericht hat schnörkellos verwandelt. Jetzt ist es für die Politik an der Zeit zu handeln. Ich fordere den Hamburger Senat und insbesondere Innen- und Sportsenator Andy Grote (SPD) dringend auf, dem Bremer Beispiel endlich zu folgen und eine Hamburger Gebührenordnung für kommerzielle Hochrisikoveranstaltungen zu schaffen. Jetzt ist die Rechtslage geklärt und es gibt keine Ausreden mehr. Es ist nicht einzusehen und vermittelbar, dass sich die Vereine aus der finanziellen Verantwortung nehmen und notwendige Sicherheitskosten alleine dem Staat und damit dem Steuerzahler überlassen. Ich schließe mich ausdrücklich der Auffassung der Präsidenten der Landesrechnungshöfe und des Rechnungshofes des Bundes an. Sie halten es im Sinne der Allgemeinheit für richtig, Gebühren für zusätzliche Polizeikosten bei Hochrisikospiele in Fußballstadien zu verlangen. Einen entsprechenden Beschluss fassten die Rechnungshöfe bereits vor Jahren. Der Hamburger Senat muss endlich tätig werden!“

Der Landesvorstand



© DPoIG Hamburg

Bremen hat sich durchgesetzt

Erfolg für Mäurer

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist auch ein persönlicher Erfolg von Bremens Innen- und Sportsenator Ulrich Mäurer (SPD). Mäurer hat sich vor über zehn Jahren als erster Innenminister/-senator aus der Deckung gewagt und ist auf Konfrontationskurs mit dem bezahlten Fußball gegangen. In dem seit 2014 dauernden Prozess wurde darüber gestritten, ob die DFL als Veranstalter für die gestiegenen Polizeikosten bei risikoreichen Fußballspielen aufkommen muss, um so die Steuerzahler zu entlasten. Für Bremens Innensenator war es das sechste Verfahren in dieser Angelegenheit vor einem Gericht. Einzig die erste Instanz, das Verwaltungsgericht Bremen, urteilte im Frühsommer 2017 gegen die richtungweisende Gebührenänderung Bremens. Anschließend entschieden die Richter viermal zugunsten Bremens. Der rechtlichen Argumentation Bremens waren sowohl zweimal das OVG Bremen als auch zweimal das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gefolgt. Die

jetzt rechtskräftige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts setzt ein bedeutendes Signal für die Finanzierung von Sicherheitsmaßnahmen im professionellen Fußball. Innensenator Ulrich Mäurer zeigt sich sehr zufrieden: „An jedem Wochenende müssen Tausende und Abertausende Polizeikräfte die Spiele der Bundesliga begleiten. Das macht 1,6 Millionen Einsatzstunden. Alleine die Personalkosten dafür liegen bei über 104 Millionen Euro. Das müssen die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuern bezahlen. Dem gegenüber steht eine milliardenschwere Profiligen, die es sich locker leisten kann, das zu zahlen. Und dieses Ziel habe ich heute erreicht! Unsere Ausdauer und konsequente Haltung haben sich am Ende ausgezahlt.“



© Senat Bremen

Umstrukturierung der Personalabteilung

Von Beate Petrou, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Die Personalabteilung der Polizei wird neu strukturiert. Mit dieser jüngsten Umorganisation werden zentrale Anliegen der **DPoIG Hamburg** erfüllt, die bereits seit Jahren auf unserer Agenda stehen:

• Personalentwicklung in der Verwaltung

Zum ersten Mal wird es eine gezielte und nachhaltige Personalentwicklung in der Verwaltung geben. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die berufliche Entwicklung und Perspektiven in der Polizei zu fördern.

• Höhergruppierung der Personalsachbearbeiter

Die Personalsachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter werden von der Entgeltgruppe 9a in die Entgeltgruppe 9b eingruppiert. Damit wird ein bedeutender Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels geleistet und der Konkurrenzdruck zwischen den Behörden reduziert. Schließlich wird in anderen Behörden diese höhere Entgeltgruppe schon seit Langem bezahlt.

- Auch die Recruiting-Abteilung hat sich modern aufgestellt, um gezielt auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Arbeitswelt reagieren zu können.
- Zudem hat die Gesundheit aller Kollegen in der Polizei eine besondere Stellung erhalten, da das betriebliche Gesundheitsmanagement als eigene Abteilung mit vielen Aufgaben und

Möglichkeiten in die Personalabteilung integriert wurde.

Natürlich handelt es sich bei der Neuorganisation um einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Änderungen in der Praxis bewähren. Insbesondere müssen folgende Punkte weiterhin kritisch in der neuen Arbeitswelt „New Work“ begleitet werden: Wird es ein durchdachtes Raum- und Umzugskonzept geben? Werden die Teams bei der Neustrukturierung ausreichend unterstützt und erfolgen gute Einarbeitung sowie Teambuilding? Werden alle Beteiligten vor Überforderung geschützt und gibt es passende Fortbildungen? Wird es weiterhin Bestrebungen geben, die Eckdienstposten (zum Beispiel PSB A 8) der Verwaltungsbeamten zu ändern? Die **DPoIG Hamburg** steht im engen Austausch mit den Verantwortlichen und wird diesen Prozess weiterhin intensiv begleiten. Wir werden darauf achten, dass die Interessen der Kolleginnen und Kollegen gewahrt bleiben. Gemeinsam können wir die Chance nutzen, eine moderne und zukunftsfähige Personalabteilung zu schaffen, die uns alle stärkt und nachhaltig voranbringt.



© DPoIG Hamburg

Beate Petrou

Verwaltung der Zukunft

Künstliche Intelligenz (KI), IT-Sicherheit, Automatisierung, Cloud-Technologie, Standardisierung, Integration – die Liste der Trendthemen ist lang. Doch wo steht die öffentliche Verwaltung in fünf oder zehn Jahren? Es werden Bilder von einer schlanken, entbürokratisierten und Ende-zu-Ende-digitalisierten öffentlichen Verwaltung in wenigen Jahren skizziert. Viele Verwaltungen sind davon noch weit entfernt. Bürger und Unternehmen fordern einfach zu nutzende digitale Verwaltungsleistungen, und die Verwaltungsmitarbeiter wünschen sich einen modernen Arbeitsplatz, bei dem zeitgemäße IT-Lösungen zum Standard gehören. Eine besondere Herausforderung vor dem Hintergrund des Arbeits- und Fachkräftemangels und des Erwartungsdrucks. Ohne Digitalisierung und Automatisierung wird eine Aufgabenerfüllung im heutigen Umfang nicht mehr möglich sein. Hier wird auch der Einsatz neuer Technologien wie KI eine relevante Rolle spielen. Wir werden einen anderen öffentlichen Dienst als heute erleben. Rund 1,3 Millionen Kolleginnen und Kollegen werden den öffentlichen Dienst deutschlandweit bis 2030 verlassen, der Bedarf an Fachpersonal wird auf rund eine Million gestiegen sein. Fachverfahren sollen dann durch Automatisierung, Prozesssicherheit und intuitive Bedienbarkeit zur Lösung für mehr Resilienz der öffentlichen Verwaltung beitragen. Die Verwaltungen sind wesentlich stärker vernetzt und entlasten

nicht zuletzt auch durch einen effizienten, auf modernen Standards basierenden Datenaustausch. Die Mitarbeiter haben mehr Zeit für Aufgabenfelder, in denen besonderer Sachverstand, menschlicher Austausch, Ermessen oder Entscheidungen in außergewöhnlichen Fallkonstellationen erforderlich sind. Die Bürger nehmen deutlich mehr staatliche Leistungen online in Anspruch und werden durch effizienten Datenaustausch unterstützt. Das sind die Herausforderungen – Ärmel hoch!



© Pixabay

Volle Kraft im Ruhestand

Ende Januar dieses Jahres hat die **DPoIG Hamburg** erneut interessierte, verbeamtete **DPoIG**-Mitglieder eingeladen, die in naher Zukunft ihren aktiven Polizeivollzugsdienst beenden und in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Wer sich auf der Zielgeraden seines Berufslebens befindet, weiß, dass sich vieles von einem auf den nächsten Tag ändert. Erst ist alles „irgendwie Urlaub“, aber dann (?) und was muss ich alles beachten und besser vorher wissen? Die Idee, ein Tagesseminar zu veranstalten, um zusammen mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen wichtige Fragen zur bevorstehenden Pensionierung zu besprechen sowie Hinweise und Anregungen für die Zeit „danach“ zu geben, hat sich als voller Erfolg erwiesen. Beihilfe, private Krankenversicherung, Steuern, Nebentätigkeiten und Hinzuverdienst, Notfallordner, Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung sind nur einige Stichworte. Allein die notwendigen und wichtigen Erläuterungen zum Systemwechsel von der Heilfürsorge zur privaten Krankenversicherung und Beihilfe sind zeitintensiv und anspruchsvoll. Hier ist es entscheidend, die Abläufe zu kennen und einen guten Draht zur privaten Krankenversicherung und Beihilfe zu haben, bevor jemand auf Kosten sitzenbleibt, die vorab vermeidbar gewesen wären. Wir werden dieses Seminarformat fortsetzen und möchten auch für unsere Mitglieder da sein sowie als Ansprechpartner für oftmals sehr individuelle Probleme und Fragestellungen zur Verfügung stehen, wenn sie

sich im Ruhestand befinden. Ein herzliches Dankeschön geht an den **DPoIG**-Seniorenbeauftragten Freddi Lohse, an Klaus Vöge, Wolfgang Laudon, den stellvertretenden Landesvorsitzenden Andreas Reimer sowie an unsere Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle für die Vorbereitung und Durchführung des Seminars.



+++Termine+++

Weitere Ruhestandsseminare finden an folgenden Terminen statt:

WANN?

- **Donnerstag, 10. April 2025, von 9 bis circa 16 Uhr**
- **Donnerstag, 26. Juni 2025, von 9 bis circa 16 Uhr**

WO?

- **DPoIG-Geschäftsstelle, Holzdamm 18 (Nähe Hauptbahnhof)**

Das Tagesseminar wird vom Seniorenbeauftragten der **DPoIG Hamburg**, Freddi Lohse, geleitet. Die Seminare sind sonderurlaubsfähig. Bitte meldet euch bevorzugt per E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de oder telefonisch in der Geschäftsstelle unter Tel.: 040.2540260 an. Jetzt anmelden!



ZPD informiert

Beihilfe – Änderungen

Neuerungen in der Beihilfeverordnung

Mit der Aktualisierung der Hamburgischen Beihilfeverordnung zum 1. Januar 2025 wurden einige Änderungen umgesetzt:

- Wegfall von Vorgehmungspflichten
- Wegfall des Mindestbetrags von 200 Euro für einzureichende Belege
- Einführung der Beihilfefähigkeit für digitale Gesundheitsanwendungen („Gesundheits-Apps auf Rezept“)
- Neue Pauschalbeträge für Sehhilfen (Brillen und Kontaktlinsen)
- Anpassungen und Aktualisierungen, zum Beispiel bei Pflege- und Präventionsleistungen

Ab 1. Februar 2025: Keine Anträge per E-Mail

Zum Schutz Ihrer persönlichen Daten und zur Erfüllung rechtlicher Anforderungen können Beihilfeanträge ab dem 1. Februar 2025 nicht mehr per E-Mail eingereicht werden. Bitte nutzen Sie stattdessen folgende sichere Einreichungsmöglichkeiten:

- Über unsere App: Mit der App „Meine Arztrechnung“ reichen Sie Ihre Anträge schnell und sicher ein.
- Per Post: Senden Sie Ihre Anträge bitte an: Zentrum für Personaldienste (ZPD), Beihilfe, Normannenweg 36, 20537 Hamburg
- Persönlich: Unser Kundenzentrum ist zur Annahme von Post für Sie geöffnet:
Montag bis Donnerstag: 8 bis 18.45 Uhr
Freitag: 8 bis 17.45 Uhr

Richterbund fordert Korrektur beim Cannabisgesetz

Der Deutsche Richterbund hat von der neuen Bundesregierung eine Korrektur des Cannabisgesetzes gefordert. Das Gesetz habe sich als das bereits vorab befürchtete Bürokratiemonster erwiesen, das Strafverfolgungsbehörden und Gerichten sehr viel unnötige Arbeit aufbürde. Das Gesetz strotze vor Widersprüchen und Unklarheiten. Die Neuregelung befeue zudem die Cannabismachfrage auf dem Schwarzmarkt. Die Mengen für den Gelegenheitskonsum seien deutlich zu groß. Während die Begleitkriminalität floriere, Drogenbanden zunehmend mit brutaler Gewalt auftreten würden, lege das Gesetz den Strafverfolgern Steine in den Weg. Zudem verjähre der strafbare Handel mit größeren Mengen Cannabis nunmehr bereits nach fünf Jahren. Die frühere Ampelregierung hat den Konsum von Cannabis entkriminalisiert und



den Anbau unter strengen Auflagen legalisiert. Seit dem 1. April vergangenen Jahres ist der Konsum von Cannabis in Deutschland legal. Erwachsene ab 18 Jahren dürfen seitdem bis zu 25 Gramm Cannabis zum eigenen Verbrauch bei sich haben und zu Hause bis zu 50 Gramm aufbewahren. Im Eigenanbau sind drei Pflanzen erlaubt. Die Union kündigte an, die Legalisierung wieder abzuschaffen. In Hamburg sind Konsumentinnen und Konsumenten genau 92 Mal in den vergangenen zehn Monaten aufgefallen. In erster Linie fielen die Cannabiskonsumenten deshalb auf, weil sie in Sichtweite von Schulen oder Spielplätzen Cannabis rauchten. Einige waren so dreist, direkt auf Spielplätzen zu kiffen. Aus diesen Verstößen folgten dann insgesamt 42 Bußgeldbescheide.

Hamburg: Gefährder und Intensivtäter

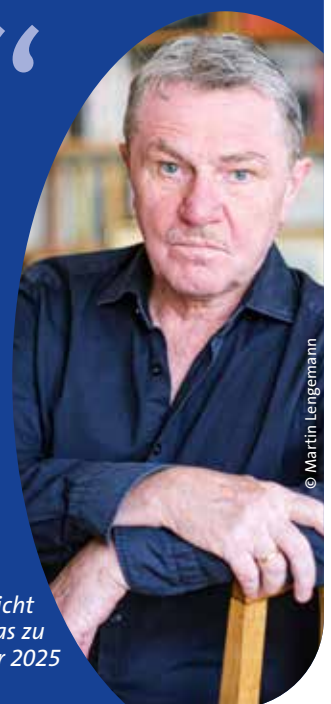
Der Staatsschutz der Hamburger Polizei stuft gegenwärtig 19 in der Stadt ansässige Extremisten als sogenannte Gefährder ein.

Als Gefährder werden Menschen bezeichnet, denen die Polizei schwere Gewalttaten bis hin zu Terroranschlägen zutraut. Anfang Juli 2023 wurden in Hamburg noch 23 Gefährder gezählt. Die als Gefährder eingeordneten Menschen sind den Angaben zufolge zwischen 19 und 48 Jahre alt. 15 von ihnen werden laut Senat dem islamistischen Spektrum zugeordnet. Zwölf Gefährder besitzen demnach die deutsche Staatsbürgerschaft, drei darüber hinaus eine weitere Staatsangehörigkeit. Bei vier Gefährdern handele es sich um Ausländer. Neun Gefährder befinden sich demnach in Haft, in geschlossener Unterbringung oder im Ausland in Gewahrsam. Die Anzahl der Intensivtäter beläuft sich auf 198. Unter den 198 Intensivtätern in Hamburg sind laut Senat fünf Kinder – die also unter 14 Jahre alt sind. 78 seien zwischen 14 und 17 Jahren, 80 zwischen 18 und 20 Jahren alt. 35 sind demnach älter als 21 Jahre. Als Intensivtäter erfasst die Hamburger Polizei Menschen, die in der Regel unter 25 Jahre alt sind und im Verdacht stehen, in den vergangenen zwölf Monaten mindestens zwei schwere Straftaten begangen zu haben. Dazu gehören Raub und räuberische Erpressung, schwerer Diebstahl, besonders brutale Gewaltdelikte sowie Taten, die das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung besonders beeinträchtigen. 123 der als Intensivtäter eingestufteten Personen haben die deutsche Staatsbürgerschaft, sechs darüber hinaus eine weitere. Unter den nicht deutschen Intensivtätern bilden Afghanen und Syrer die größten Gruppen. —

„Zitiert“

„Derselbe Staat, der seine Aufgaben immer weiter dehnt, der ein üppiges Behörden- und Beauftragtenwesen geschaffen hat – er versagt bei seiner Kernaufgabe: Sicherheit schaffen, Recht durchsetzen.“

Wolfgang Büscher, „Es hört nicht auf, weil die Politik nicht tut, was zu tun ist“, „WELT“, 24. Januar 2025





Instagram-Fundstück des Monats

Nicholas Kriegk zum dbb Landesvize gewählt

Im November vergangenen Jahres wurde der Landesjugendleiter der **DPoIG Hamburg**, Nicholas Kriegk, auf der Landeshauptvorstandssitzung des dbb Hamburg zum stellvertretenden Landesbundvorsitzenden gewählt. Nicholas tritt damit die Nachfolge von Paul Klinger, ebenfalls **DPoIG Hamburg**, an, der aus persönlichen Gründen sein Amt zur Verfügung stellte.



Neben Nicholas Kriegk ist auch Michael Adomat, stellvertretender Fachbereichsvorsitzender Verwaltung der **DPoIG Hamburg**, seit dem Jahr 2013 stellvertretender Vorsitzender des dbb Hamburg. Somit ist die **DPoIG** als mitgliederstarke Fachgewerkschaft in unserem Dachverband wieder mit zwei Vertretern im geschäftsführenden Vorstand vertreten. Der dbb beamtenbund und tarifunion Hamburg ist die Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors in Hamburg. Im dbb sind 23 Gewerkschaften und Verbände des öffentlichen Dienstes mit mehr als 25.000 Mitgliedern zusammengeschlossen. Mit dem Zusatz „tarifunion“ wird auch nach außen deutlich, dass der dbb nicht nur Beamtinnen und Beamte, sondern auch Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes berufspolitisch und in Tarifaueinandersetzungen vertritt. So schließt der dbb Hamburg zum Beispiel Tarifverträge mit der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg ab und nimmt an den Verhandlungen zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) teil. Im Beamtenbereich wird der dbb Hamburg als gewerkschaftliche Spitzenorganisation an der beamtenrechtlichen Gesetzgebung in Hamburg beteiligt. Er entsendet zudem Vertreterinnen und Vertreter in den Landespersonalausschuss. Im Rahmen der Mitbestimmung ist der dbb Hamburg Verhandlungspartner des Senats für den Abschluss von Vereinbarungen gemäß § 93 Hamburgisches Personalvertretungsgesetz. Die **DPoIG Hamburg** bedankt sich bei Paul Klinger für seine geleistete Arbeit im dbb und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft. Gleichzeitig wünschen wir Nicholas Kriegk viel Erfolg im neuen Amt. Zusammen mit Michael Adomat wird Nicholas die Interessen der **DPoIG Hamburg** mit großem Engagement vertreten.



1.572 21 3
Gefällt tom_aus_hh und weiteren Personen
polizeihamburg Wenn Pferd und Reiter gemeinsam unterwegs sind, entsteht eine besondere Verbindung aus Ruhe und Stärke. Unsere Kollegen der Reiterstaffel 🐾 waren kürzlich in Halle im Einsatz – mitten auf einer grünen Wiese, bei strahlendem Sonnenschein ☀️ konnte dieses tolle Foto geschossen werden.

Ruhestand*

Folgender Kollege ist zum **31. Oktober 2024** in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei

POK Armin Döpken PK 46

Folgende Kolleginnen und folgender Kollege sind zum **30. November 2024** in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei

PHKin Lilian Kielhorn PK 25
POKin Anette Hasberg SP 12
POK Stefan Siegmeyer PÖA 2

Folgende Kollegen sind zum **31. Dezember 2024** in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei

PHK Torsten Larisch PK 36
PHK Herbert Harmel PK 33

Landespolizeiverwaltung

Ang. Wolfgang Heitmann LPV 140

Folgende Kollegin und folgender Kollegen sind zum **31. Januar 2025** in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei

PHK Frank Heinrich SP 12
PHKin Diane Berthold PK 42
PHK Torsten Mischur PK 33

*Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.

IMPRESSUM

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel.: 040.482800
Fax: 040.25402610
Mobil 0175.3644284
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos: Thomas Jungfer,
Frank Riebow
DPoIG Hamburg

ISSN 0723-2230

Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel.: 040.254026-0
Fax: 040.254026-10

